



HESSISCHER LANDTAG

19. 10. 2023

HAA

Entschließungsantrag

Fraktion DIE LINKE

Zur aktuellen Eskalation in Nahost: Terror der Hamas verurteilen, Antisemitismus bekämpfen, Zivilbevölkerung schützen

Der Landtag wolle beschließen :

1. Der Hessische Landtag verurteilt die entsetzlichen Terror-Angriffe der Hamas auf Israel. Er zeigt sich erschüttert über die zahlreichen Morde, die Massaker an der Zivilbevölkerung, den massiven Raketenbeschuss und die Entführungen. Der Landtag gedenkt den Opfern und ist in Gedanken bei den Angehörigen und hofft inständig auf baldige Freilassung der Entführten.
2. Der Hessische Landtag verurteilt den Antisemitismus und die Taten der Hamas. Es gibt keine Rechtfertigung für die Morde und Entführungen, für Angriffe auf die Zivilbevölkerung. Die Hamas trägt die Verantwortung für die neueste Eskalationsstufe des jahrzehntewährenden Konflikts.
3. Der Hessische Landtag bekundet seine Solidarität mit allen Mitgliedern der Jüdischen Gemeinden und allen Jüdinnen und Juden in Deutschland, die entweder direkt angegriffen oder bedroht werden oder Sorge vor antisemitischen Übergriffen haben müssen. Synagogen und jüdische Einrichtungen müssen vor Angriffen geschützt und antisemitische Straftaten konsequent verfolgt werden.
4. Der Hessische Landtag sieht Antisemitismus hierzulande als ein Problem der gesamten Gesellschaft an, aus deren Mitte er immer wieder entsteht. Deshalb bedarf es einer nachhaltigen, öffentlichen Thematisierung des Problems Antisemitismus. Die Auseinandersetzung mit der NS-Geschichte und den Ideologien der heutigen extremen Rechten bleibt ein entscheidender Punkt im Kampf gegen den Antisemitismus. Versuche, Antisemitismus als Problem vor allem von Eingewanderten darzustellen, weist der Landtag zurück.
5. Der Hessische Landtag betont, dass die Versammlungsfreiheit ein demokratisches Grundrecht ist, das in den vergangenen Jahren durch die Landesregierung bereits erheblich eingeschränkt wurde. Demonstrationen von palästinensischen Bürgerinnen und Bürgern grundsätzlich verbieten zu wollen, ohne unmittelbare Gefährdung der Öffentlichkeit, heizt den Konflikt auch in Deutschland an. Statt eines pauschalen Verbotes sollte vorher geprüft werden, welche Auflagen notwendig sind, um einen sicheren und friedlichen Verlauf der Versammlungen zu ermöglichen.
6. Der Hessische Landtag stellt fest, dass der notwendige Einsatz gegen jede Form von Antisemitismus und für das Existenzrecht Israels nicht dazu führen darf, das Leid der Palästinenser zu vergessen. Menschenrechte gelten universell. Mit ihren Angriffen auf Israel hat die Hamas auch die palästinensische Bevölkerung in Gaza, aber auch im Westjordanland in große Gefahr gebracht. Israel hat das Recht, sich militärisch zu verteidigen. Das Völkerrecht setzt militärischem Vorgehen aber Grenzen. Eine kollektive Bestrafung der Zivilbevölkerung im Gazastreifen darf es nicht geben. Flächendeckende Angriffe auf zivile Gebiete und Einrichtungen führen zu erheblichem menschlichem Leid und Elend der Zivilbevölkerung. Die Unterbrechung der Wasser-, Strom- und Lebensmittelversorgung ist mit dem humanitären Völkerrecht nicht vereinbar und verschärft die humanitäre Lage in Gaza weiter. Der Landtag solidarisiert sich mit der leidenden Zivilbevölkerung. Es braucht sichere, zivile Fluchtwege aus Gaza. Der Landtag unterstützt die Bemühungen der UN für einen sofortigen Waffenstillstand und Diplomatie.

7. Der Hessische Landtag steht für das Existenzrecht Israels und eine friedliche Zwei-Staaten-Lösung, ein souveränes, sicheres Israel an der Seite eines souveränen, sicheren Palästina. Solange Israelis und Palästinenser nicht in Freiheit und Würde zusammenleben können, wird der Frieden und die Sicherheit aller Menschen in der Region immer wieder bedroht sein.
8. Der Hessische Landtag steht insbesondere an der Seite all jener demokratischen Kräfte, die sich für eine friedliche Lösung des Konfliktes einsetzen, die nicht zulassen wollen, dass Hass die Oberhand gewinnt, und die an eine Zukunft glauben, in der alle Menschen in der Region in Frieden, Würde und Sicherheit zusammenleben.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Wiesbaden, 19. Oktober 2023

Die Fraktionsvorsitzende:
Elisabeth Kula